

**Rede von Iris Preuß-Buchholz zu TOP 9,  
Antrag der SPD-Fraktion: "Hochschulen müssen ausbilden"**

Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die aktuellen Zahlen der Arbeitsagenturen zur Halbzeitbilanz auf dem Ausbildungsmarkt sprechen eine deutliche Sprache: die Wirtschaftskrise ist auf dem Ausbildungsmarkt angekommen. Die Zahl der gemeldeten Stellen liegt in Nordrhein-Westfalen mit 67.000 um knapp 6000 unter derjenigen des letzten Jahres.

In der Vergangenheit haben die Anstrengungen gerade vieler kleinerer Unternehmen und Handwerksbetriebe dazu beigetragen, einen Einbruch beim Angebot an Ausbildungsplätzen aufzufangen. In der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Lage ist dies nun vielen schlicht nicht mehr möglich.

Die Ausbildungssituation für junge Leute in Nordrhein-Westfalen ist desolat und es ist keine Besserung in Aussicht. Deshalb ist es im Interesse der jungen Menschen dringend erforderlich, alle dem Land zur Verfügung stehenden Ausbildungspotentiale auszuschöpfen.

Es kann nicht die Lösung sein, dass verunsicherte Jugendliche nur als Verlegenheitswahl eine weitere schulische Bildung absolvieren, wenn sie eigentlich eine Ausbildung aufnehmen möchten. Es haben sich bereits im Vergleich zum Jahr 2008 in Nordrhein-Westfalen deutlich weniger junge Menschen für Ausbildungsplätze beworben, als durch Abgängerrückgänge zu erklären wären.

In unsicheren Zeiten greift man zum Bekannten - und das ist für junge Schülerinnen und Schüler ein schulisches Umfeld. Und: je unsicherer die Aussicht auf eine Anschlussbeschäftigung, umso eher wird der Beginn einer Ausbildung aufgeschoben. Hier muss das Land Perspektiven schaffen und Mut machen.

Die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen leisten bereits einen sehr wichtigen Beitrag zur beruflichen Erstausbildung durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen - auch über den eigenen Bedarf hinaus. Im Jahr 2007 waren 2410 junge Menschen dort in Ausbildung.

Dafür sind wir den Hochschulen zunächst einmal uneingeschränkt dankbar.

Die Hochschulen tragen damit einen großen Teil dazu bei, dass jugendlichen Schulabgängern ermöglicht wird, durch das Absolvieren einer Ausbildung überhaupt

in eine Ausgangsbasis zu gelangen, die ihnen Chancen für den Erhalt einer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht.

Dennoch reicht es aber nicht aus, die jungen Leute lediglich auszubilden und sie dann ohne wirkliche Perspektive in die Hartz-IV-Versorgung und die damit einhergehende drohende Resignation zu entlassen.

Eine - wenn auch kurze - Anschlussbeschäftigung hingegen ermöglicht es ihnen, erste Berufserfahrungen zu sammeln und sich in einer neuen Rolle als Beschäftigte zu erleben, so dass sie dann mit einer erweiterten Qualifikation und mehr Selbstbewusstsein in der Lage sind, auch im außeruniversitären Bereich in aktiverer Weise und mit besseren Aussichten auf Beschäftigungssuche zu gehen.

In den letzten beiden Haushaltsjahren sind die entsprechenden Mittel für eine befristete Anschlussbeschäftigung bereitgestellt worden. Dies ist sinnvoller, als anderweitige Übergangsmaßnahmen zu finanzieren, die keine weitere Berufserfahrung im Arbeitsbereich bieten.

Gerade in der jetzigen besonders kritischen Lage der Wirtschaft ist es umso notwendiger, alles zu unternehmen, um den frisch Ausgebildeten einen besseren Start zu ermöglichen. Auch das Land ist hier in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Sie, Herr Minister Pinkwart, haben in der Ausschuss Sitzung am 12. März angemerkt, das Land sei flexibel genug, Sonderprogramme aufzulegen. Daher appellieren wir an diese Flexibilität und fordern die Landesregierung auf, die Regelung des vergangenen Jahres fortzuführen, auch den jungen Menschen, die in 2009 ihre Ausbildung abschließen werden, eine Anschlussbeschäftigung zu ermöglichen - da die Hochschulen aus eigenen Mitteln dazu nicht in der Lage sein werden.

Die jetzt laufenden Ausbildungsgänge schließen ihre Ausbildung zum Sommer ab. Die Landesregierung muss jetzt für die Bereitstellung der Mittel sorgen.

Vielen Dank.